Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 206 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 4. September 1931

Das vorläufige Ende der Zollunionspläne

Das Rückzugsgefecht.

Die Sitzung des Europa-Ausschusses in Genf brachte die erwarteten Erklärungen des Reichsaußenministers und des österreichischen Außenministers zur Frage der Zollunion. Die Ausführungen kamen nicht überraschend, da ihr Inhalt schon vorher bekanntgeworden und auch nicht schwer zu erraten gewesen war. Es handelt sich bei beiden Erklärungen um eine vereinbarte Verzichtleistung auf den mit so großen Erwartungen in Angriff genommenen Plan. Seine Abschiebung auf das tote Gleis einer allgemeinen europäischen Zollunion bedeutet eine Vertagung auf ein so langes Ziel und ein Abgleiten aus den Händen der ursprünglichen Väter in die übelwollender Vormünder, so daß, sollte die Zollunion noch einmal wiedererscheinen, sie wahrscheinlich ihre Väter nicht mehr wiedererkennen werden. Über den wirtschaftlichen Wert oder Unwert der Union für Deutschland und Österreich läßt sich streiten, nicht aber darüber, daß das Projekt, politisch betrachtet, zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt hervorgeholt und nach einer durchaus ungenügenden Vorbereitung ein für die deutsche Außenpolitik unrühmliches Ende genommen hat. Es war von Beginn an klar, daß weder Deutschland noch Österreich stark genug waren, ihren Willen gegenüber den Gegnern des Projektes, besonders Frankreich, durchzusetzen. Das hätte eine vorsichtige deutsche Außenpolitik rechtzeitig erkennen müssen. Sie durfte nicht eine Machtprobe wagen, die schließlich nur ihre Ohnmacht zeigen mußte. Denn einmal begonnen, mußte die ganze Aktion bei der heutigen politischen und wirtschaftlichen Lage zwangsläufig wie das „Hornberger Schießen" verlaufen. So etwas kann sich „Hornberg" leisten, aber nicht Deutschland. Die Erklärungen, die jetzt Curtius und Schober vor dem Europa-Ausschuß abgegeben haben, sind nur die Vorbereitungen und Einleitungen zu dem großen Rückzug, den die beiden Staatsmänner nach Eintreffen des juristischen Haager Gutachtens, wie immer das auch ausfallen mag, vor dem Völkerbundrat antreten werden.

In wie rücksichtsloser Weise Frankreich seine finanzielle Übermacht zur Erreichung politischer Ziele ausnutzt, zeigt die Tatsache, daß die Bank von Frankreich, wie von gutunterrichteter französischer Seite mitgeteilt wird, zum Sonnabend eine Direktionssitzung einberufen hat, in der die Frage der Übernahme des der Österreichischen Creditanstalt von der Bank von England eingeräumten kurzfristigen 150-Millionen-Schilling-Kredits durch eine französische Bankengruppe behandelt wird. Auf französischer Seite ist die finanzielle Unterstützung Österreichs daher bis zu der Erklärung Schobers über die Zurückziehung des Zollunionsplanes zurückgestellt worden. Nach der Erklärung Schobers zur Zollunion sollen auf französischer Seite die Verhandlungen über die finanzielle Hilfe für Österreich aufgenommen werden.

*

Von maßgebender deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit des Abbruches der Aktion von der Reichsregierung bereits seit längerer Zeit vorausgesehen worden war. Es habe sich jetzt darum gehandelt, mit möglichst geringen Verlusten und mit der selbstverständlichen Wahrung der Würde und der Haltung die Aktion zum Abschluß zu bringen. Seit den Ereignissen dieses Sommers habe es sich als unmöglich erwiesen, mit Österreich die Aktion durchzuführen.

Es wird ferner von zuständiger deutscher Seite betont, daß kein rechtszerstörender Verzicht erfolgt sei und in den Erklärungen der beiden Regierungen keinerlei Rechte für die Zukunft aufgegeben worden seien.

Über die bevorstehenden Verhandlungen über den Zollunionsplan im Rat seien bisher noch keine endgültigen Vereinbarungen getroffen. Jedoch werden die abgegebenen Erklärungen eine wesentliche Erleichterung der Lage bedeuten. Die Erklärungen des deutschen und des österreichischen Außenministers haben in dem entscheidenden Satz über den, wenn auch nicht formell, ausgesprochenen Verzicht auf die gegenwärtige Durchführung des Zollunionsplanes übereingestimmt. Jedoch weisen die beiden Erklärungen wesentliche Abweichungen der Eingliederung dieser Verzichtserklärungen in den gesamten Rahmen der politischen Aussprache auf. Auf deutscher Seite betont man die selbstverständliche Pflicht, auch weiter mit der österreichischen Regierung in den bevorstehenden Verhandlungen im Rat zusammenzugehen.

*

Deutsch-österreichische Einigkeit im Verzicht.

Frankreich ist zufrieden.

In der Erklärung, die der österreichische Außenminister Schober in der Sitzung der Europa-Kommission über die Zurückziehung des Zollunionsplanes abgab, sagte er unter ausdrücklicher Betonung der Übereinstimmung mit der deutschen Regierung, daß die beiden Regierungen beschlossen hätten, den Zollunionsplan nicht weiter zu verfolgen, insbesondere, da dem Europa-Ausschuß bereits Pläne allgemeiner europäischer Zollunionen und Markterweiterungen vorlägen. Ferner betonte Schober in seiner Rede, er habe mit Genugtuung feststellen können, daß die vorbereitenden Arbeiten des europäischen Studienkomitees zu der Überzeugung gekommen seien, daß

der Gedanke der Zollunion

geeignet sei, der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftskrise abzuhelfen und daß ferner bei der Behandlung des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes die beteiligten Regierungen stets vom

Gesichtspunkt des allgemeinen europäischen Interesses

ausgingen. Die deutsche und die österreichische Regierung könnten daher mit Vertrauen die Weiterverfolgung dieser Pläne in die Hand der Europakommission zurücklegen.

Österreich könne deshalb in voller Übereinstimmung mit der deutschen Regierung erklären, daß es unter den veränderten wirtschaftlichen Umständen die Zollunion mit Deutschland nicht weiter verfolgen werde.

Curtius' Erklärung.

Nach den Erklärungen des österreichischen Außenministers nahm auch der deutsche Außenminister Dr. Curtius im Rahmen einer größeren, die gegenwärtigen Aufgaben der Europakommission behandelnden Rede zur Frage der deutsch-österreichischen Zollunion Stellung. Die Stellen seiner Rede, die auf die Zollunion Bezug nehmen und die ebenfalls einen Verzicht auf das Projekt aussprechen, lauteten wie folgt:

„Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich eng mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der Ihnen allen bekannte Plan der deutschen und der österreichischen Regierung hervorging. Mir liegt deshalb daran, einige Bemerkungen dazu zu machen, Bemerkungen, die unabhängig von dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag sind, das sich auf die rechtliche Seite der Angelegenheit bezieht. Die Absicht der deutschen und der österreichischen Regierung bei dem Projekt einer Zollunion zwischen ihren Ländern ist von vornherein dahin gegangen, daß dieser Plan der

Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge

sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilzunehmen hätte. Seitdem haben sich die Ereignisse überstürzt, so daß sich die ursprüngliche Sachlage völlig verändert hat. Wir stehen jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor Plänen von allgemeinerem Charakter. Wir wollen an der Verwirklichung dieser Pläne aktiv mit allen Kräften mitarbeiten.

In Erwartung eines fruchtbaren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen."

*

„Außerordentlich glücklich formuliert," sagt Frankreich.

Der französische Finanzminister Flandin gab im Anschluß an die Erklärung Dr. Curtius' im Namen der französischen Regierung eine kurze Erklärung ab, in der er feststellte, daß die von Schober und Curtis abgegebenen Erklärungen außerordentlich glücklich formuliert seien. Im Namen der französischen Regierung nehme er von diesen Erklärungen Kenntnis.

Er hoffe, daß die durch den deutsch-österreichischen Zollunionsplan entstandene Mißstimmung nunmehr endgültig zerstreut sei. Der Bericht der wirtschaftlichen Sachverständigen eröffne große Hoffnungen auf eine europäische Zusammenarbeit. Er könne im Namen von Frankreich erklären, daß die französische Regierung mit allen Mitteln für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Regierungen eintrete.

Wie von maßgebender österreichischer Seite mitgeteilt wird, ist das Verfahren vor dem Völkerbundrat in der am Montag stattfindenden Sitzung über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan bereits in allen Einzelheiten geregelt. Zwischen der österreichischen und der tschechoslowakischen Abordnung hat eine eingehende Fühlungnahme stattgefunden. Von tschechischer Seite werden keinerlei Erklärungen abgegeben werden. Man erwartet daher, daß die Verhandlungen im Rat sich auf eine kurze Erklärung des Präsidenten und des Berichterstatters beschränken werden.

Die Zollunion vor dem Völkerbundrat.

Nach dem französischen Finanzminister gaben noch der italienische Außenminister Grandi und im Namen der tschechoslowakischen Regierung Handelsminister Krofta Erklärungen ab, nach denen sie mit der größten Befriedigung Kenntnis von den Auslassungen des deutschen und österreichischen Außenministers genommen haben.

Was die französische Presse sagt.

Paris, 3. September. Die Erklärungen, die Vizekanzler Schober und Reichsaußenminister Dr. Curtius am Donnerstag vormittag vor dem Europa-Ausschuß des Völkerbundes abgegeben haben, werden in der Pariser Abendpresse im allgemeinen mit Genugtuung aufgenommen. Der Temps hält es für vollkommen gleichgültig, welche Gründe Schober für diesen Entschluß in den Vordergrund stelle, und betont, daß die Hauptsache der Verzicht auf die Weiterführung des Planes sei und die Tatsache, daß sich die Reichsregierung der österreichischen anschließe. Die Liberté macht Oesterreich und Deutschland für das gegenwärtige Chaos in Europa verantwortlich, weil allein der deutsch-österreichische Anschlußgedanke das Vertrauen vernichtet habe. Die Reichsregierung und die österreichische Regierung, die geglaubt hätten, die Macht und das Ansehen Frankreichs durch ihr plötzliches Vorgehen zu verringern, seien heute gezwungen, sich wieder Frankreich zuzuwenden, da von hier allein Hilfe kommen könne. Der sozialistische Soir unterstreicht, daß nur der Vertrag von St. Germain und das Protokoll von 1922 Oesterreich untersagten, seine Selbständigkeit an irgend eine andere Macht zu binden, daß aber das Protokoll mit dem Ablauf der Kreditfrist ungültig werde, ebenso wie der Vertrag von St. Germain, einer Revision unterzogen werden könne. Diese Möglichkeit sei jetzt sogar größer denn je. Aber es werde, so fährt das Blatt fort, eine Stunde kommen, in der die augenblicklichen Verträge ebenso unhaltbar erscheinen würden wie seinerzeit diejenigen aus dem Jahre 1815. Sie seien lediglich der Ausdruck eines augenblicklichen Machtverhältnisses.

Italienische Stimmen.

Rom, 3. September. Die römischen Abendblätter geben ihrer unverhohlenen Genugtuung über den Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion Ausdruck. Das Lavoro Fascista erklärt, niemand könne sich zu dem Ergebnis mehr beglückwünschen als die italienische Regierung, die von Anfang an auf die Unmöglichkeit einer praktischen Durchführung der Zollunion hingewiesen habe. Das halbamtliche Giornale d'Italia erklärt u. a., es gebe Leute, die von einer französisch-österreichischen und französisch-deutschen Annäherung sprächen. Die Tatsache, daß Poncet in Genf eine lebhafte Tätigkeit entwickelt habe, um die Auflösung der deutsch-österreichischen Zollunion zu bewirken, habe gewiß keine besondere Bedeutung. Gayda bespricht in seinem Mittwochartikel die Denkschrift des Europa-Ausschusses und erklärt, dazu zusammenfassend, es sei in Genf kein Fortschritt zu verzeichnen. Es müsse immer wieder betont werden, daß nur nationale Selbsthilfe zum Wiederaufstieg der Länder führen könne. Die deutschen Verhältnisse hätten ihren dramatischen Ton verloren, seitdem die Regierung und Nation die Illusion einer sofortigen weitgehenden Hilfe von außen eingebüßt hätten.

Rußlands Meinung.

Moskau (über Kowno), 4. September. Die Sowjetpresse beschäftigt sich ausführlich mit der Behandlung der Zollunionsfrage im Europa-Ausschuß. Die Iswestija und die Prawda schreiben, die Niederlage der Wiener und Berliner Diplomatie in der Frage der Zollunion sei nur auf schärfsten wirtschaftlichen Druck des französischen Kapitals zurückzuführen, das sich bemühe, um jeden Preis die Alleinherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet zu erhalten. Der Zusammenbruch des Zollunionsplanes werde in der politischen und wirtschaftlichen Lage Europas keine Entspannung bringen. Es werde sich zeigen, daß der Versuch, das Zollproblem auf andere Weise zu lösen, etwa in Gestalt einer deutsch-französischen Zollunion oder eines Paneuropa vollständig unmöglich sei.

Immer wieder Frankreich der Störenfried.

Es verweigert die Auszahlung von neun Millionen Dollar an Deutschland.

Neuyork, 3. September. Wie aus Washington gemeldet wird, sind nunmehr 9 Millionen Dollar für beschlagnahmtes deutsches Eigentum auszahlungsbereit. Unterstaatssekretär Castle erklärte jedoch, daß der französische Widerstand, der trotz der Verhandlungen des amerikanischen Botschafters Edge in Paris bisher nicht gebrochen werden konnte, die Auszahlung der Summen unmöglich macht. Im übrigen sollen weitere 9 Millionen Dollar bald auszahlungsbereit sein.

Neuyork, 3. September. Zu der Weigerung Frankreichs, den Vereinigten Staaten die Auszahlung von 9 Millionen und später weiteren 9 Millionen Dollar aus dem Freigabeabkommen zu gestatten, kann noch folgendes mitgeteilt werden: In den Vereinigten Staaten stehen 18 Dollar-Millionen zur Auszahlung an Deutschland zur Verfügung, wovon 9 Millionen wiederum von Deutschland auf Grund des Haager Abkommens an amerikanische Kriegsbeschädigte zu zahlen wären, so daß also Deutschland 9 Millionen zu erhalten hätte. Da jedoch das Haager Reparationsabkommen die Klausel enthält, daß Deutschland keine privaten Kriegsansprüche von Gläubigern der Vereinigten Staaten befriedigen darf, ohne zugleich die Gläubiger anderer Länder zu berücksichtigen, holte die Washingtoner Regierung bei den Unterzeichnern des Haager Abkommens die Erlaubnis ein, die Zahlung trotz des Hoover-Feierjahres vornehmen zu können. Sämtliche Unterzeichner des Haager Abkommens haben diese Erlaubnis erteilt mit der alleinigen Ausnahme Frankreichs. Der Pariser Botschafter Edge hat die Washingtoner Regierung informiert, er habe wenig Hoffnung, daß Frankreich noch nachgeben werde. Die Auszahlungen würden hauptsächlich dem Norddeutschen Lloyd zugute kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Washingtoner Schatzamt trotzdem die Möglichkeit finden wird, die Ansprüche, und zwar aus einem anderen Fonds, nach Deutschland gelangen zu lassen, zumal die Gelder in Deutschland dringend genötigt werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF